

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigerster Jahrgang.

Announce
Annahme-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Grapohi (G. H. Ulrich & Co.)
Breitestr. 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Berlin u. Friedr. G. E. 4;
in Bresl. bei Herrn F. Striessner;
in Frankfurt a. M.
C. L. Bank & Co.

Nr. 674.

Das Abonnement auf dieses täglich zwei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzig Groschen für die Stadt
Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Groschen
Abonnements können alle Postanstalten des heutigen Reiches an

Annahme-Bureau
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Pödolph, Bresl.,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Salzburg,
Haag am Wagnitz,
in Berlin,
J. Heinegger, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Barth.

Sonnabend, 26. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zeitung 2 Uhr die jüngstgekommene Zeile über deren
Kauf, welches verhältnismäßig höher, und werden für die am folgenden
Tag: Bresl. 2 Uhr erscheinende Nummer 118 6 Thlr.
Zach mit dem Tag angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 25. September. Der König hat den Reg.-Rathen Reichs-Charakter als Geh. Reg.-Rath und dem Oekonomie-Kommissarius Kawrocki zu Danzig den Titel „Oekonomie-Kommissions-Rath“; sowie dem Rechtsanwalt und Notar Lehe in Siegen den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Der bish. Baumeister Franz Vollmann zu Obornik ist als Kgl. Kreisbaumeister dasebst angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 25. September. Die Mitglieder der österreichischen Nordpol-Expedition sind heute Abend hier eingetroffen. Schon Stunden lang vorher waren die zur Nordbahn führenden festlich geschmückten Straßen von Menschenmassen dicht besetzt. Vizeadmiral Poesch an der Spitze einer großen Anzahl von Marineoffizieren, viel Generale und andere Offiziere, der Bürgermeister mit dem gesamten Gemeinderath empfingen die Ankommenden. Von der Bevölkerung wurden die Heimkehrenden mit enthusiastischen Zurufen begrüßt und die von ihnen bestiegenen Wagen konnten durch die hin- und herwogenden, fortwährend hoch rufenden und helle schwenkenden Volksmassen nur schrittweise vorwärts gelangen. Die zahlreichen Deputationen und Korporationen aus Österreich-Ungarn, die bei der Begrüßung am Bahnhofe anwesend gewesen waren, schlossen sich dem Zug an. — Morgen Abend findet die Begrüßung der Heimkehrten in der Geographischen Gesellschaft statt, an welcher auch der Kronprinz Rudolf als Protector der Geographischen Gesellschaft teilnehmen wird.

Bern, 25. Septbr. Der Weltpostkongress hat die erste Lesung des Postvertragsentwurfs vollendet und zum Kongressort für 1877 einstimmig Paris gewählt. Der Vertreter Frankreichs sprach dafür seinen Dank aus, ließ jedoch zweifelhaft, ob Frankreich dem Unionsvertrag sofort beitreten werde.

Paris, 25. September. Bei der Durchreise durch Bixille (bei Grenoble) wurden Ehre und den Einwohnern Ovationen dargebracht. Er hielt darauf eine Ansprache, in welcher er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Republik sich als Regierungsform des Landes dauernd befestigen werde.

Madrid, 25. September. General Moriones hat vier carlistische Battalions bei Carraical an der Straße nach Pamplona geschlagen. Die Carlisten haben einen Angriff auf Andorra gemacht, das sich geweigert hatte, die Waffen der dahin übergetretenen und entwaffneten Mannschaften auszuliefern.

London, 25. September. Dem „Globe“ zufolge hat zwischen der englischen und der spanischen Regierung eine Korrespondenz stattgefunden wegen der Durchsuchung, die von spanischen Küstenoffizieren auf englischen Kaufschiffen vorgenommen worden war. Der „Globe“ sagt hinzu, England habe deshalb zwar keine Satisfaktion verlangt, jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß die spanischen Offiziere künftig mit mehr Umsicht zu Werke gehen würden.

Nach einer der „Times“ zugegangenen Meldung aus Santander vom 24. d. M. sind die deutschen Kanonenboote „Albatross“ und „Nautilus“ an diesem Tage in Santona eingetroffen.

Die „Times“ ist zu der Mittheilung veranlaßt, daß der Premier Disraeli in Folge eines ziemlich heftigen Bronchitisfalls seine Absicht, Irland einen Besuch abzustatten, für jetzt habe aufgeben müssen.

Demselben Blatte zufolge hat die türkische Regierung den Beitrag von 140,000 Pf. Sterl., den dieselbe der Barnauer Eisenbahngesellschaft für das Jahr 1873 garantirt hatte, an die letztere auszahlen lassen; die „Times“ fügt hinzu, die gleiche Ende Juni dieses Jahres fällig gewesene Summe würde dem Unternehmen nach ebenfalls sofort ausbezahlt werden.

Durch ein Telegramm des „Standard“ aus Dublin wird bestätigt, daß der dortigen Assoziation für Amnestierung der gefangen gehaltenen Fenier eine Mittheilung zugegangen ist, wonach der Premier Disraeli nach seinem demnächst bevorstehenden Besuch in Irland der Königin eine allgemeine Begnadigung der fenischen politischen Gefangenen anempfohlen werde.

Eine amtliche Belehrung über das Civilstandes-Gesetz in Hinterpommern.

Das „Lauenburger Kreisblatt“ vom 19. Sept. bringt die Nachweisung der Standesamtsbezirke im Kreise Lauenburg nebst folgender, „der Landrat, J. (n) B. (vertretung) der Kr. d. Osten.“ unterschriebenen Anordnung: Die Ortsvorstände werden hierdurch ausdrücklich angewiesen, die vorstehende Liste der Standesbeamten so wie meine zur Erläuterung des Civilstands-Gesetzes folgende Bekanntmachung in ihren Gemeinden zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.“ Die Bekanntmachung des Hrn. v. d. Osten „zur Erläuterung des Civilstands-Gesetzes“ hat aber folgenden Wortlaut:

„An die Bewohner des Kreises. Mit dem 1. Oktober d. J. tritt das neue Civil-Gesetz in Kraft, für welches in dem heutigen Kreisblatte bereits die Bezirke und die bestätigten Beamten für den höchsten Kreis bekannt gemacht werden. Wiewohl dies eines der wichtigsten Gesetze für alle Schichten der Bevölkerung ist, und tief in das Familieneleben eingreift, so berichtet über dasselbe, namentlich unter der ländlichen Bevölkerung, noch viel Unkenntnis oder auch falsche Vorstellung. Ich will daher möglichst kurz angeben, was das Gesetz enthält, wie es entstanden ist, und wie wir uns zu demselben zu verhalten haben.“

Vom 1. Oktober d. J. an erkennt der Staat nur solche Ehen für gültig an, welche vor dem zu diesem Zweck bestellten Standesbeamten nach den vorgeschriebenen Formen geschlossen sind. Derselbe hat

auf geschickte Anmeldung das Aufgebot zu veröffentlichen, und falls sich keine Ehebindnisse herausstellen, daß Ehebündnis als ein weltliches Recht eracht zu vollziehen. Desgleichen ordnet dies Gesetz an, daß sämtliche Geburten und Todesfälle sofort bei diesen Standesbeamten gemeldet, und von diesen in besondere Register eingetragen werden, nach welchen ferner die glaubwürdigen Geburts- u. Todenscheine anzusezt werden. Im Weitere zwingt der Staat Niemanden, seine Ehe kirchlich einzutragen, seine Kinder christlich taufen, die Toten kirchlich begraben zu lassen, er hindert aber auch Niemand daran, sondern überläßt das dem Gewissen jedes Einzelnen.

Es ist wohl natürlich, daß manche Leute, welche in unseren bisherigen kirchlichen Einrichtungen aufgewachsen und alt geworden sind, zu diesen Veränderungen bedenklich den Kopf schütteln und fragen: warum wird bei uns diese französische Einrichtung eingeführt? da wir doch von Frankreich selten etwas Gutes, wohl aber schon oft recht Nebles erhalten haben. Darauf ist zu erwiedern: daß die Einführung der Zivilrechte schon seit geraumer Zeit von vielen Personen, die sich mehr oder weniger vom Christentum losgelöst, wiederholt beantragt wurde, daß aber diese Forderung von der Staatsregierung und von unserm gottesfürchtigen Könige und Herrn, stets zurückgewiesen wurde, bis in neuerer Zeit Streitigkeiten mit der kath. Kirchelichkeit den Erfolg dieses Gesetzes wesentlich gefordert haben. Es ist nämlich in manchen Gebieten des Staates mit überwiegend kathol. Bevölkerung ein großer Theil der kathol. Geistlichen von ihrem Amt entfernt, weil sie sich den Staatsgesetzen nicht unterwerfen wollten; in anderen Bezirken sind wieder Geistliche wiedergegen eingefestigt und vom Staate nicht anerkannt, weshalb die von ihnen vorgenommenen Amtshandlungen und eingesezten Ehen von Staats wegen für ungültig angesehen werden, und dadurch selbst in späteren Zeiten unheilvolle Rechtsverwirrungen für die aus solchen Ehen entstammten Kinder erwachsen können.

Hauptsächlich um diese und ähnliche Uebelstände zu beseitigen, hat die Staatsregierung sich genöthigt gesehen, dies Gesetz, was sie früher befürchtet, jetzt selbst einzubringen. Da Rücksicht auf diesen Notstand haben selbst gläubige Christen, wenn auch mit schwerem Herzen für das Gesetz gestimmt; dasselbe ist von beiden Häusern des Landtages genehmigt und von Sr. Majestät dem Könige und Kaiser bestätigt worden.

Die Zivil-Ehe mit den damit verbundenen Einrichtungen ist demnach ein nach allen Formen des Rechtes erlassenes Landes-Gesetz. Es kann jetzt nicht darauf ankommen, ob es einem gefällt oder mißfällt, sondern es ist einmal Gesetz, und muß als solches von jedem Preußen befolgt werden; und das kann auch geschehen unbeschadet des christlichen Standpunktes. Der Staat verlangt allerdings, daß die Brautleute zur Gültigkeit ihrer Ehe ihren Willen, dieselbe zu schließen, vor dem Standesbeamten erklären, daß die Geborenen und Gestorbenen bei demselben gemeldet, und in die betreffenden Listen eingetragen werden; er hindert aber Niemand, nämlich auch dem Gebrauch seiner Religion nachzuhören. Jedes Brautpaar, welches nicht leichtsinnig in die Ehe tritt, sondern für diese wichtigste auf die Lebensdauer bestimmte Verbindung den Segen erlebt, wird nach der weltlichen Verbindung vor dem Standesbeamten auch noch die Ehe vor dem Altar durch den Geistlichen eingesegnet lassen. Gewissenhafte Eltern werden ihr Kind nach der Anmeldung vor dem Standesbeamten, auch zu ihrem Prediger nach der Kirche bringen, um es durch die heilige Taufe in die christliche Kirche aufzunehmen zu lassen. Sollte aber ausnahmsweise einer oder der Andere sich bereits so weit der christlichen Kirche entfremdet haben, daß er sich ohne den Segen seiner Kirche, allein mit den weltlichen Vorschriften dieses Gesetzes beansprucht, und als Heide unter uns lebt, so wird er zwar vom weltlichen Richter nicht verfolgt werden, aber dem Urtheil seiner Mitmenschen verfallen. Wenn ich vom amlichen Standpunkte zunächst die Beobachtung des weltlichen Gesetzes empfehle, so wird ein jeder doch mit lauterem Herzen auch zu prüfen haben, was er seinem Gottes und seiner Kirche fürsäufigt, und danach die Lehre unseres Heilandes folgen: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Der Kreis-Deputirte v. d. Osten.“

Diese amtliche „Erläuterung“ erfährt in der „Danz. Blg.“ folgende scharfe aber durchaus berechtigte Kritik:

Hätte Hr. v. d. Osten etwa in seiner Eigenschaft als Rittergutsbesitzer und lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses dem Drange nicht widerstehen können, öffentlich durch eine Proklamation an seine Kreisgenossen zu konstatiren, daß sein Verständniß des Civilstandes-Gesetzes nicht wesentlich höher ist als das seiner Nachte und Mägde: so würde man ihm diese Freiheit nicht beschönigen dürfen. Was könnte man dagegen einwenden, daß in Jamnitz die Rosinante gesattelt wird und der treue Hüter der schlappfüßigen Rinder einmal sein Horn erlösen läßt, um das „schloßgesessene“ Geschlecht derer v. d. Osten mit seinen Männern zu einem neuen Kreuzig wider die „Heiden“ zu sammeln? Im Gegenteil, bei dem Ernst unserer Zeit kann man es nur dankbar anerkennen, wenn von Zeit zu Zeit freiwillige Komitee öffentliche Grafsvorstellungen geben.

Aber Herr v. d. Osten hat leider nicht lediglich als Mensch Zeugnis dafür abgelegt, daß in seinem Herzen die Interessen für rationale Stoffförderung und für irrationale Geistesförderung in schönstem Gleichgewicht stehen: er schreibt vielmehr offiziell, er schreibt in Vertretung des Landrats, also als Organ der Staats-Regierung. Und da ist es doch mehr als nur geschmaclos, wenn er in so despectirlichem Ton von einem neuen Gesetz spricht, dessen strikte Befolgung gerade bei dem noch herrschenden Überglauhen zu erreichen den Staatshörden zunächst nicht leicht werden dürfte. Hat Herr v. d. Osten nicht bedacht, welch böses Beispiel er den renitenten Anhängern der Infallibilität mit seiner Proklamation gegeben? Denn wenn schon die Renitenten, gegen welche dies Gesetz mit gegeben ist, demselben nicht gewogen sind, wieviel schlimmer, wenn ein Beamter ähnlich durchaus im Sinn und Geist dieser Renitenten über dies Gesetz urtheilt! Hat Herr v. d. Osten nicht bedacht, welch ein Licht es auf die Selbstverwaltung im lauenburger Kreise werfen muss, wenn ein Beamter derselben so wenig im Stande ist, seine persönlichen Meinungen — die ihm in all ihrer Sonderbarkeit ja Niemand antragen wird — von seinen amtlichen Funktionen zu trennen?

Wenn man aber für alle solche Bedenken unzugänglich ist, dann sollte man auch nicht so kühn sein, die Ausübung eines Staatsamtes zu versuchen.

Zur Auslegung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 9. März 1874.

Nachdem die Frage: ob durch das Gesetz vom 9. März 1874 eine neue geschlossene Zeit für Eheschließungen, wenn auch nur für ein

Mal, eingeführt sei? durch das Regierungsamt der beiden Ministerien der Justiz und des Innern vom 12. September d. J. ihre endgültige Erledigung gefunden hat, lenkt die „Bresl. Blg.“ die Aufmerksamkeit auf einen anderen wichtigen Punkt des Gesetzes, welcher unseres Wissens bis jetzt noch keiner Besprechung unterzogen worden ist. Sie schreibt:

Mit dem 1. Oktober d. J. beginnt die Wirksamkeit der Standesämter und die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt ausschließlich mittels Eintragung in die dazu bestimmten Register.

Mit dem 30. September hört sonach sowohl die Registersführung bei den Gerichten rücksichtlich der Juden und Dissidenten auf, als auch verlieren die Kirchenbücher den Charakter als Civilstands-Register rücksichtlich aller nicht bereits zur Eintragung gelangten Alte. Den Gerichten, sowie den Kirchenbehörden verbleibt nach § 53 nur die Bezeichnung und Verpflichtung über die bis zur Wirksamkeit des Gesetzes eingetretenen Geburten, Heirathen und Sterbefälle Alte zu ertheilen. Selbstverständlich muß aber in diesem Falle die Eintragung in die Kirchenbücher (wir sprechen absichtlich nur von diesen; denn die Gerichte werden nach dem 30. September keine Eintragungen mehr vornehmen) vor dem 1. Oktober erfolgt sein.

Nun können und werden sich aber unzählige Fälle ereignen, in denen ein vor dem 1. Oktober d. J. eingetretener Geburts- oder Sterbefall noch nicht zur Eintragung in die bisher geführten gerichtlichen Register oder Tauf- und Begräbnisbücher gelangt ist.

Der allerhäufigste Fall wird bei Geburten aus christlichen Ehen eintreten. Da nämlich das bisherige Gesetz die Eintragung der erfolgten Taufe, das neue dagegen die der erfolgten Geburt vorschreibt und zwischen beiden Momenten aus den verschiedensten Ursachen ein Zeitraum von Wochen, ja Monaten liegen kann, so ist klar, daß am 1. Oktober eine große Anzahl von Kindern vorhanden sein werden, die noch nicht getauft, also auch noch nicht in die bisher geführten Civilstands-Register, nämlich die Taufbücher, eingetragen sind.

Allein auch bei Juden und Dissidenten kann sich ein ähnlicher Fall ereignen, wenn z. B. der Richter irgend welche Bedenken gegen die Eintragung erhoben hat oder der Name des Kindes bei der Anmeldung nicht angegeben worden ist. Es entsteht aber die Frage, wie in diesen Fällen zu verfahren ist? Unseres Dafürhaltens kann dieselbe nur dahin entschieden werden, daß

1. alle Geburten aus christlichen Ehen, wenn nicht die Taufe am 30. September d. J. spätestens stattgefunden hat,
 2. alle Geburten von Juden und Dissidenten, wenn seitens des Gerichts Bedenken erhoben sind und die Eintragung nicht spätestens am 30. September erfolgt ist,
 3. alle Sterbefälle von Christen, insoweit das Begräbnis nicht spätestens am 30. September stattgefunden hat,
- bei den Standesbeamten anzumelden sind.

Die Nichtbeachtung dieser Regel könnte das im § 49 angebrochene Strafverfahren zur Folge haben. Wenn aber auch davon mit Rücksicht auf die Neuthit der Einrichtung Abstand genommen würde, so könnten doch nach § 23 und 43 den Interessenten erhebliche Weiterungen und Kosten erwachsen, denn selbstverständlich wird in Zukunft kein Tauf- oder Todtentheil, den die Kirche ausgestellt hat, für gültig erachtet werden können, falls die Geburt resp. der Tod zwar vor dem 1. Oktober, Taufe, resp. Begräbnis aber später erfolgt ist; eine Frage, die beispielweise bei Erbfällen von erheblicher Bedeutung sein kann.

Wünschenswerth sowohl im Interesse des Publikums, als auch einer vollständigen Personenstands-Aufnahme, wäre es, wenn einerseits die Gerichte von den bei ihnen nicht zur Erledigung gelangten Eintragungen den Standesbeamten zur weiteren Verfolgung der Sache Mithilfe machen, andererseits die Geistlichen die Interessenten auf ihre Pflicht der Anzeige beim Standesbeamten in den zur Sprache gebrachten Fällen hinweisen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 25. September.

Auf dem Grundstück des königlichen statistischen Bureaus in der Lindenstraße ist man mit Aufführung eines neuen Gebäudes beschäftigt, dessen Räume lediglich den Beamten für die Volkszählung und die Feststellung der Bewegung der Bevölkerung überwiesen werden sollen. In letzterer Beziehung wird das königliche statistische Bureau eine Centralstelle für die Statistik der sämtlichen Standesämter der Monarchie werden. Jeder Akt auf sämtlichen Standesämtern ist mit einer Bählkarte zu verzeichnen und dem königlichen statistischen Bureau nach Ablauf jedes Kalenderjahres und zwar spätestens bis zum 1. Februar des neuen Jahres einzureichen. Die Standesbeamten erhalten für 100 Fälle 3 Mark Vergütungsbüchern. Es wird sich alljährlich um ca. 2 Millionen Fälle handeln; man berechnet im preußischen Staate in runden Ziffern die Zahl der Sterbefälle auf 800,000, die Scheidungen auf 255,000.

Am 1. Oktober wird die Reichskommission für Medizinische Statistik zusammentreten. Die Berathungen werden an der Hand einer Vorlage stattfinden, welche im Juni d. J. von einer Subkommission, bestehend aus dem Vorsteher, Präsidenten der Seehandlung Bitter, dem Abgeordneten Dr. Löwe, dem Direktor des kaiserlichen statistischen Amts Becker und den Geheimräthen Dr. Ennenberg und Dr. Engel (Direktor des königlich preußischen statistischen Büros) festgestellt worden ist. Die Vorlage umfaßt drei Abschnitte: I. das Heilspersonal nach Zahl, Verteilung und nach Thätigkeit, II. die Anstalten zur Heilung und Pflege von Kranken, III. die Morbidität und Mortalität in der ganzen Bevölkerung, in einzelnen Klassen und Berufsweisen, in den Anstalten zur Heilung und Pflege. Ein weiterer Abschnitt über die öffentliche Gesundheitspflege ist vorläufig noch zurückgestellt worden. Bezüglich der Heilanstalten würden die Civil- und Militärgefangnis-Lazarette, die Irren-, Augenheil-, orthopädischen und Entbindungs-Anstalten besonders in Betracht kommen, da konstatiert ist, daß in dieser Beziehung Deutschland ganz erheblich den übrigen europäischen Staaten nachsteht. Unter den Pflege-Anstalten sollen besonders die Idioten-, Blinden-, Taubstummen-Anstalten und die Anstalten für unheilbare und gefährliche Irre. Berücksichtigung finden für die Krankheits- und Sterbefälle-Statistik soll das Material in den Einzelstaaten, dann aber das des Reichsheeres, der Marine, der Reichspost u. d. Gewerksvereine, der Mitglieder der Gefundens-Pflegevereine u. s. w., die Grundlage bieten, einen Anhang dazu würde die Rekrutierungstatistik bilden können. Dies soll zunächst als Aufgabe der Kommission zur Vorbereitung einer Reichs-Medizinische Statistik gelten, doch würde eine Erweiterung der Kompetenz der Kom-

mission ausdrücklich vorbehalten bleiben auf das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege.

Die Spezialberatung des Bankgesetzes ist in den vereinigten Bundesrathausschüssen am 22. und 23. d. fortgesetzt worden; das Resultat der Beratung bestand in einer fast unveränderten Annahme der ersten 12 Paragraphen; auch in den folgenden Bestimmungen sind erhebliche Modifikationen bisher nicht beschlossen worden, obwohl neben Sachsen auch Preußen stellenweise Bedenken gegen den Entwurf erhoben hatten.

Diejenigen Truppentheile des deutschen Heeres, bei denen das Mäusergewehr eingeführt ist, haben dasselbe bei den jetzigen Manövern zum ersten Male angewendet. Die Truppenkommandos sind nunmehr aufgefordert worden, genauestens über ihre Erfahrungen mit der neuen Waffe während des Manövers zu berichten. Im Allgemeinen übertreffen die erzielten Resultate selbst die günstigsten Erwartungen, nur haben sich bei der Handhabung der Waffe noch einzelne kleine Uebelstände herausgestellt, deren leichte Beseitigung jedenfalls die Vorzüglichkeit des Mäusergewehres in noch größerem Umfange hervortreten lassen werden.

Mainz, 23 September. Es wurde bereits mitgetheilt, daß eine Anzahl katholischer, in Mainz versammelt gewesener Männer des Großherzogthums Hessen, im "Mainzer Journal" eine Erklärung gegen die hessischen Kirchengesetzwürfe erlassen habe. Diese Erklärung lautet wörtlich also:

Eine aus allen Theilen des Großherzogthums zahlreich besuchte Versammlung katholischer Männer, welche am 21. d. Ms. in Mainz zur Besprechung der von der großherzoglichen Regierung den Landständen vorgelegten sogenannten Kirchengesetze sich zusammenfand, ertheilte dem Unterzeichneten als ihrem Präsidenten den Auftrag, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

1) Die vorgelegten Gesetzestwürfe verleghen das göttliche, historische, durch internationale Verträge heiligste und in der hessischen Verfassung gewährleistete Recht der katholischen Kirche; sie reißen lieb in das Gebiel des Glaubens und des Gewissens ein und gefährden auf's Empfindlichste den Frieden des Landes.

2) Für den Fall, daß diese Entwürfe Gesetzkraft erlangen sollten, werden die Katholiken Hessens, treu ihrem Gewissen und Glauben, denselben energischen Widerstand leisten, wie solchen die Katholiken Preußens den dort erlassenen sogenannten Maigesetzen entgegenstellen.

3) Es ist Pflicht und Aufgabe der Katholiken Hessens, die Fakten der Geschichtschreibung über diese ihre Sinnerzung durchaus nicht in Zweifel zu lassen und in vollster Einmuthigkeit die erforderlichen Schritte zu thun.

Franz Freiherr von Wambolt.

Das bischöfliche Organ sagt noch, daß "ein wunderbarer Geist der Einmuthigkeit" die Versammlung beherrschte und daß "jede Aufführung, die darauf hinwies, daß von einer Unterwerfung unter solche die heiligsten Rechte der katholischen Religion und die verfassungsmäßig garantirte Glaubens- und Gewissensfreiheit der Katholiken auf das Tiefste verleghende Gesetze nie und nimmer mehr die Rebe sein kann, von rauschendem Beifall begleitet gewesen sei." — Die "Mainz-Btg." bemerkte im Allgemeinen über die Taktik der Ultramontanen, den Gesegen schon im Voraus den Gehorsam zu versagen. Dieselbe habe vielfach eine Wirkung gehabt, welche von den Ultramontanen nicht beabsichtigt war; sie habe für die wahre Natur der ultramontanen Agitation auch in Kreisen Verständnis erweckt, welche derselben bis jetzt gleichgültig gegenüberstanden: die offen angestündige Rebellion hatte die Frage: hic Saat, hic Hierarchie in einer Schwäche gestellt, die sonst vielleicht kaum herausgetreten wäre, und die Antwort werde selbst in der ersten Kammer nicht ausbleiben, man dürfe auch in dieser auf keine, wenn auch nicht besonders große Mehrheit rechnen. Die große Mehrheit der zweiten Kammer dagegen werde die Haltung ihres Ausschusses billigen.

Wien, 24. September. Über die Korrespondenz des Kaisers von Russland mit Don Carlos weiß ein hiesiger Korrespondent der "Magd. Btg." folgendes Nähere zu berichten: Don Carlos hat in den Ezar ein Dankschreiben gerichtet, als er erfuhr, daß Russland sich der Aktion der ihm zunächst verbündeten Kabinette von Wien und Berlin nicht angeschlossen und sich geweigert habe, die Anerkennung der gegenwärtigen Madrider Exekutivgewalt auszusprechen. Auf diesen Dankbrief erließ der russische Kaiser eine Antwort, die, in den Formen gewöhnlicher Höflichkeit gehalten, in keiner Weise dazu Veranlassung geben konnte, besondere Sympathien für die carlistische Sache aus ihr zu entnehmen. Die Ansprüchen sogar, welche sich der Präsident gestattet hatte, und die darauf hinausließen, man möge ihm in St. Petersburg die Eigenschaft einer kriegsführenden Macht zuerkennen, blieb durchaus unbeachtet.

Weiter fügt der Korrespondent hinzu: Wer im carlistischen Hauptquartier zu lesen wußte, dem könnte es länger kein Geheimniß bleiben, daß man dort von Russland aus eben so wenig eine moralische Unterstützung zu erwarten habe, wie etwa Serrano auf der gegnerischen Seite. Dies ist die russische Version des Ezarenbriefes und man hat allen Grund, sie für die authentische zu halten.

Aus der Schweiz kommen nunmehr ausführlichere Berichte über die am 21. d. Ms. in Olten stattgehabte Delegiertenversammlung der schweizerischen Alt-katholiken, oder — wie sich dieselben lieber nennen — freikirchlichen Katholiken. Dieselbe war sowohl von Delegierten, als von Gästen zahlreich besucht. Namentlich hatten sich englische Gäste eingesunden. Wie bereits durch das "W. T. B." mitgetheilt wurde, handelte es sich um die Beurtheilung des Entwurfs in einer neuen Kirchenverfassung. Der Entwurf, welcher, wie gleichfalls schon telegraphirt, nach artikelweiser Beurtheilung einstimmig angenommen wurde, stimmt, der "Nat.-Btg." zufolge, in den meisten Beziehungen mit der Synodal- und Gemeindeordnung für Deutschland überein. Das Bestreben ist allgemein, mit den deutschen Gesinnungen einen Hand in Hand zu gehen. Doch in einigen wesentlichen Beziehungen geschah dies nicht. Nach der nun aufgestellten Kirchenverfassung ist der Bischof nicht ipso jure Vorsteher der National-Synode und des Synodalthauses, sondern der Vorsteher wird von der Synode gewählt. Die Rechte und Pflichten des Bischofs werden durch die Synode aufgestellt werden. Wegen Verletzung seiner Pflichten kann er durch die Synode zur Verantwortung gezogen und mit zwei Dritttheil Stimmen seines Amtes entsezt werden. In dieser Beziehung erhielt der Entwurf eine wesentliche, nicht allgemein befriedigende Abänderung; dort hieß es nämlich: "Der Bischof kann wegen Verletzung seiner Pflichten durch die National-Synode seines Amtes entsezt werden." Der Unterschied zwischen dieser und der definitiv angenommenen Bestimmung liegt auf der Hand. Eine längere Diskussion veranlaßte der von einem Abgeordneten aus Luern gesetzte und namentlich von Abgeordneten aus der Stadt Bern und

dem Jura gestellte Antrag, daß der Bischof nicht auf Lebenszeit gewählt werden soll, sondern einer periodischen Wiederwahl (von 4 zu 4 oder von 6 zu 6 Jahren) zu unterstehen sei. Es wurde gegen diesen Antrag, der mit allen Lindeninstutionen im Einlaufe sieht, gestellt gemacht, er widerspreche dem Wesen des Katholizismus; man ließ durchblicken, ohne es jedoch offen aussprechen zu dürfen, der jetzige, welcher so etwas vertheidigen könnte, sei kein Katholik. Der Antrag wurde indessen keineswegs aus diesen Gründen, sondern deshalb mit nicht starker Mehrheit abgelehnt, weil man befürchtet, es könnte diese Wiederwahlbarkeit den Bestrebungen bei der katholischen Landbevölkerung schaden, welche Befürchtung der älteren Gewährmann der "Nat.-Btg." indeß nichttheilt. Wer vom Romantismus angestieckt ist, wird sich der altkatholischen Bewegung nicht anschließen, wer dies nicht ist, hätte in der Schweiz jenem Grundsache der periodischen Wiederwahl gezielt. Die besten Aufsichten auf Zuwachs hätte die Bewegung bei den sogenannten Indifferenzen, deren es aber in Wirklichkeit gar nicht gibt, wenn auch viele weder für den einen noch für den anderen Katholizismus Partei genommen haben, allein mit Halbhütern wird man diese niemals gewinnen. — Dem Centralomite wurde schließlich der Auftrag ertheilt, die erforderlichen Maßnahmen zur Vollziehung dieser Verfassung, insbesondere zur Vornahme der Synodalwahlen zu treffen.

Paris, 22. September. In den Regierungskreisen selbst ist man wegen der nächsten Zukunft in ziemlich großer Besorgniß. Die inneren sowohl als die äußeren Angelegenheiten nehmen nicht den in den offiziellen Kreisen gewünschten Verlauf. Das Spleenium gewinnt keineswegs an Anhängern, und die Männer, die heute an der Spitze der französischen Regierung stehen, zeigen sich der schwierigen Lage, in der sich Frankreich befindet, weniz gewachsen, wenn der Augenblick kommt, wo ihre kleinlichen Auskunftsmitte nicht mehr ausreichen. Die Republikaner sind voll Siegeszuversicht; die Deputirten benutzen die Ferien, um Propaganda für ihre Ideen zu machen. Die Begünstigung der Bonapartisten durch die Regierung erweckt im ganzen Lande eine steigende Misstrauensmischung. Den Republikanern kommt dabei noch besonders zu thun, daß sie alle, sowohl die vom linken Centrum, der gemäßigten Linken so wie der äußersten Linken, jetzt fester zusammenhalten. Dies zeigte sich vor drei Tagen bei einem Banket, welches der Deputirte General Guillemant (linkes Centrum) gab und welchem 80 Personen, darunter Leroyer (Linke) und Barodet, anwohnten. Der General, der die erste Rede hielt, wies auf die für die Republikaner trübsame Lage hin, wenn alle Bürger unaufhörlich wachsam seien, sich einer strengen Disziplin unterwerfen und sich einer edelmütigen Duldsamkeit befreien würden. "Vergeßen Sie nicht", so schloß der General, "der Wahlspruch: „L'union fait la force!“ und seien Sie überzeugt, daß der Erfolg dann sicher ist." Nach dem General sprach Leroyer, Rhône-Deputirter, der für das Zusammenhalten aller republikanischen Parteien bei den Generalselections eintrat, worauf Barodet das Wort ergriß, um zu erklären, daß seine vor 18 Monaten in Paris erfolgte Wahl nichts Anderes bedeutet habe als "Republik oder Auflösung", d. h. durch sie indirekt der Antrag gestellt worden sei, welcher von Casimir Perier und seinen Freunden vor kaum zwei Monaten vor die Kammer gebracht worden sei. Wenn die Republikaner jedoch darauf rechnen, daß der Marschall MacMahon sich zu guter Letzt zum Republikanismus bekehren lassen werde, so täuschen sie sich täuschen. (Köl. Btg.)

Seitdem der Advokat Sénard, ein Veteran der republikanischen Partei, seine Kandidatur in dem Departement Seine-et-Oise gestellt hat, ist die politische Vergangenheit dieses Mannes der Gegenstand eines sehr lebhaften Zeitungsstreites geworden. Nach dem 4. September war Herr Sénard bekanntlich als außerordentlicher Gesandter der französischen Republik nach Florenz gegangen und hatte dort große Mühe, eine italienische Expedition zur Wiedereroberung von Nizza und Savoyen zu hinterziehen. Daß er damals nicht das große Wort führen konnte, um für Frankreich ein von dem eben gefürzten Kaiser erworbene Gebiet zu retten, liegt auf der Hand. Unrecht ist nur von ihm, daß er dies jetzt nicht eingestehen will und sich das Ansehen giebt, als ob er in seinem Bericht mit den italienischen Staatsmännern nicht einen Augenblick zugelassen hätte, daß man auch nur die Freiheit von Nizza und Savoyen stelle. Der "Pensiero" von Nizza, das einflußreiche separatistische Organ dieser Gegend, produziert jetzt ein Schriftstück, welches schon allein genügen könnte, Herrn Sénard eines ganz anderen Verhaltens zu überführen. Es ist dies ein Brief, den Herr Crispi, der bekannte italienische Parteiführer, um jene Zeit an einen in Florenz wohnhaften Nizzarden gerichtet hat, und der also lautet:

Florenz, den 19. November 1870.
Werther Herr und trefflicher Advokat! Sie werden mir hoffentlich verzeihen, wenn ich Ihnen Brief vom 15. d. M. nicht sofort beantwortete. Natürlich habe ich mit Herrn Sénard, dem französischen Gesandten, von Nizza und seiner Lage gepröft. Meine Vorstellungen haften, wie ich glauben darf, zur nächsten Tage die Abberufung des famousen Baragnon (eines Pariser Journalisten, welchen Gambetta als Bräckel nach Nizza geschickt hatte), die jogleich zu meiner Kenntniß gebracht worden ist. Herr Sénard hat mir erzählt, daß die Republik nicht daran denken könne, die Grafschaft Nizza mit Gewalt an sich behalten zu wollen. Er hat mich dringend gebeten, meinen Einfluß geltend zu machen, daß die Löschung dieser Frage bis zur Wiederherstellung des Friedens verschoben werde. Für den Augenblick bedarf Frankreich der Eintracht, um nicht, während es die feindliche Invasion zurückzuwerfen hat, seine Kräfte zerstören zu müssen.

Freundschaftlich ergebenst. G. Crispi.
Dieses Dokument ist ohne Zweifel sehr beschämend für Herrn Sénard, aber nur deshalb, weil er nicht den Mut hatte, seinen Landsleuten einzugeleben, daß im Winter 1870 der Abfall von Savoyen und Nizza an einem Saare hing, und die französische Diplomatie nichts Besseres thun konnte, als auf eine Vertragung des Konflikts hinzuarbeiten. Für die Vermählung der Pariser Presse ist es berechnend, daß der "Constitutionnel", der "Figaro" und die ganze Sippe sich nicht scheuen, den "Pensiero" und Herrn Crispi in dieser internationalen Sache als Zeugen gegen Herrn Sénard anzurufen. Das ist dieselbe Gesellschaft, welche für Herrn Picton, den nächsten Freund des "Pensiero", nicht genug Worte der Verdammung hatte.

Aus St. Jean de Luz, 22. September, schreibt der Kriegskorrespondent der "Köl. Btg.":
"Es sind nicht die Franzosen allein, die sich über die begeisterte Aufnahme unserer Flotile in den nordspanischen Küstenstädten, namentlich in San Sebastian und Bilbao, ärgern. Sie haben allerdings mehr als ein Motiv, verdächtlich zu sein. Die Ehren, die man unseren Seelen erweist, müssen ihnen als eine Art von Januskopf erscheinen, der gleich finster in die Brüderlichkeit und in die Zukunft hineinschaut: ein Protest gegen die bisher dem Karlstenkrieg gegenüüber beobachtete Politik und eine Drohung für den Fall zukünftiger anwaltiger Kon-

frontation Frankreichs. Aber die Freude in San Sebastian und Santander haben auch andere Buschauer und selbst Theilnehmer gehabt, die keine Freiheit haben und doch eine gewisse Freiheit aufzuheben wünschen. Es ist das auch sehr menschlich und natürlich. Der Engländer sieht im Deutschen einen Emporkömmling und neuen Konkurrenten, und es liegt ganz nahe, daß gewisse an sich unbedeutende Symptome und Nebendinge, in denen sich die neue Machstellung des Reiches äußert, auch denjenigen unangenehm berühren, der mit der Hanfzache aus Spanien und Biskaya gekommen ist. Auch die Granaten, welche unser Schiff nach den Höhen von Guadalupe hinaufgeschossen, erfreuten Praxis alles Lobes werth, ab so wie man mit zivilisierten Nationen zu tun habe, sei ein anderer Brauch. Die Flotte würde eher die Hölle ihr Mannschaft tödten lassen, als einen Schuß zu ihrer Versicherung abfeuern. Natürlich nicht aus persönlicher Neigung; im Gegenteil. Aber das Herkommen verlangt erst diplomatische Schritte. Die Herren merken in ihm leicht begreiflichen Verdruß nicht, daß gerade die Wilden-theorie die Achillesferse ihrer Argumentation mar- gen öfters gezeigt hat. Seine offizielle Erklärung, daß jeder rechts sei, der sich in den Strudel eines Bürgerkrieges stürze, trifft doch zunächst ihn selbst. Die Erklärung aber folgte einer That, die jeder Gerechtigkeit und Gestaltung spottete, und stellte gelegentlich Wiederholungen in Auseinandersetzung. Wenn nun aber auch ein großer Theil der englischen Flotte das Interventionsgespenst mit größerer Aufdrücklichkeit in ihren Spuren ausmalt als selbst durch die ereignisreichen Tage gerechtfertigt erscheint, so sollte sie doch gewisse Thatsachen nicht außer Acht lassen. Einlich die, daß Fürst Bismarck die Flottille höchst unternach der spanischen Küste entsezt hat, und nur um den aufgezogenen öffentlichen Meinung in Deutschland eine Genugthuung zu verschaffen. Die Demonstration würde sogar noch unscheinbar ausgefallen sein, wenn der Marineminister von Sisco damit einverstanden gewesen wäre. Zweitens aber, da die Flottille, wenn sie sich einmal den frechen Verächtern des Böllerers zuwenden würde, sich auch Reipelt verschaffen müste, um nicht den beabsichtigten Zweck ins Gegenteil zu verkehren. Und drittens, daß, wenn man eine Intervention wollte, nicht eine direkte Erwiderung der Schiffe, sondern diplomatische Schritte bei der anerkanteten Regierung des Landes unter den obwaltenden Verhältnissen das unfehlbare Mittel wären, eine solche herbeizuführen. Denn bei der Regierung würde nichts Anderes übrig bleiben, als mit ihrem guten Willen zugleich ihre Ohnmacht zu bekennen, und dann wäre nur zweiterlei übrig: entweder ein lächerlicher Rückzug oder Selbstschluß, die ohne Intervention nicht denkbar wäre. Es handelt sich eben nicht, wenn man die Sache ohne Vorurtheil beobachten will, um geordnete und nach dem modernen Völkerrecht geregelte Verhältnisse. Die Zustände im Norden Spaniens sind halb barbarischer Natur. Nicht einmal die Führer der Carlisten kann man für alles, was ihre Banden ihnen verantwortlich machen. Den bei San Sebastian verirrten Matrosen haben die carlistischen Soldaten, wie man hinterher erfuhr, erschlagen wollen. Der dortige Kommandant hat ihn gerettet, aber gleich darauf stieß eine andere Bande auf unsere Schiffe. Das sind Zustände, die sich unmöglich nach der konventionellen Schablone behandeln lassen. Schließlich hat auch der Erfolg gezeigt, daß das von unseren Schiffen ergriffene Mittel das beste war. Denn als unsere Schiffe in der Nähe des Nerdion lagen, war für die Carlisten die Verführung, die Feindseligkeiten zu wiederholen, die größte, die Gelegenheit die günstigste, aber sie haben sich ganz still verhalten. Wir haben also volles Recht, den Zwischenfall als erledigt zu betrachten. Wenn man aber die Wollslauberei tendenziös auf die Spize treiben will, so ist es allerdings Intervention, wenn deutsche Granaten auf spanischen Boden fallen. Dann braucht man aber nur einen Schritt weiter zu gehen, um jedem Ausländer zu verbieten, eine Pistole auf einen spanischen Räuber abzufeuern. Ein starker Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich Reipelt zu verschaffen und seine Angehörigen zu schützen. Und mehr will Deutschland nicht, einerlei, ob die Angreifer sich zu Don Carlos oder gegen ihn bezeichnen. Der begeisterte Empfang aber, den Spanien unserer Flottille, der Präsident dieser Mission bereit, beweist zur Genüge und allen Verdächtigungen zum Trotz, daß sie nicht nur die Macht Deutschlands ehren, sondern auch die Gerechtigkeit seiner Politik anerkennen.

General-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zu Berlin.

Berlin, 24. September.

Die zweite Sitzung der Versammlung wurde heut durch den Vorsitzenden Geh. Rath Egeli eröffnet.

Prof. B. Meißner hat über den ersten Gegenstand der Berathungen: "Grundzüge für Städterweiterungs-Pläne nach technischen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen" aufgestellt, welche einzeln zur Diskussion gelangen. Der richtige Weg sei ein von vornherein projektierte Bebauungsplan in großem Umfang. Er darf nicht auf die nächste Zukunft, sondern muss auf die voraussichtliche Zukunft des Dries angelegt sein, damit der Willkür auf beiden Seiten, sowohl des Staates als des Privatinteresses, ein Ziel gesetzt wird. Er allein ermöglicht, die Wohnungsbedürfnisse der Bevölkerung in das richtige Verhältnis zu bringen. Der Korreferent Ortmann stellt einen Zusatzantrag zur ersten These, welcher dahin geht, daß in jeder Stadt von über $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern der Verkehr durch Stadtbahnen mit durch Dampf betriebenen Lokomotiven zu bewerkstelligen sei.

Baumeister Böckmann erklärt sich mit der These im Allgemeinen einverstanden. Er wies aber darauf hin, daß auch an Kanalnägen resp. Erweiterung der selben, soweit vorhanden sind, geachtet werden müsse. So nahe die Sache auch liegen mag, Berlin bietet ein Beispiel davon, daß diese wichtige Angelegenheit nicht immer beachtet wird. Baumeister Asmann aus Kassel spricht sich gegen die erste These aus. Das Jubiläum sei noch mehr zu vermeiden als das Zuwang. Es müsse vielmehr nach dem bisherigen Wachsthum als das Durchführbare in Angriff genommen und der Zukunft freie Hand gegeben werden. Stadtbaurath Blaenken ist in (Berlin) hält die Zusatzanträge von Ortmann und Böckmann für überflüssig, da in der Fassung der ersten These bereits derartige Anlagen im Allgemeinen vorgesehen seien.

Nach Schluß der Debatte wird die erste These in folgender Fassung angenommen: "Die Projektierung von Städterweiterungen ist in Bezug auf alle Verkehrsmittel: Straßen, Pferdeisenbahnen, Dampfbahnen, Kanäle systematisch und deshalb für eine beträchtliche Ausdehnung zu behandeln."

Zur zweiten These bemerkt der Referent, daß es ratslich sei, in Siedlungsraum zu lassen und die Anlage von Privatstraßen auf alle Weise zu erleichtern. Ferner sei eine Sonderung der Haupt- und Nebenstraßen der Straßen erforderlich. Nach einer Diskussion, an der sich die Herren Baumeister Hackländer, Geh. Rath Hartwig, Baumeister Böckmann und Asmann beteiligten, wird die zweite These in ursprünglicher Fassung angenommen. Sie lautet: "Das Straßennetz soll zunächst nur die Hauptlinien enthalten, wobei vorhandene Wege thuzlich zu berücksichtigen, sowie solche Nebenlinien, welche durch lokale Umstände bestimmt vorgezeichnet sind. Die untergeordnete Theilung ist jeweils nach dem Bedürfnis der näheren Zukunft vorzunehmen oder der Privataktivität zu überlassen.

Die Gruppierung der verschiedenartigen Stadtheile in der dritten These erklärt Referent als eine Gruppierung nach dem Beruf der Bevölkerung, welche eine dreifache ist: Großindustrie und Handel, Beamten, Privatleute ohne Geschäft. Auch die dritte These wird ohne Ver-

änderung angenommen: „Die Gruppierung verschiedenartiger Stadttheile soll durch geeignete Wahl der Situation und sonstiger charakteristischer Merkmale herbeigeführt werden, zwangsläufig nur durch sanitäre Vorschriften über Gewerbe.“ — Das Vorschreiten der Baulinie soll nach bestimmten und strengen Ordnungen erfolgen. Auch sollte von seiner Bau bitte seitens des Bauern, sondern von einer Bauanzeige wie z. B. in Hamburg die Rente sein, welche die Bauverhältnisse genau formuliert. Es liegt im Interesse des Verbandes, auf eine allgemeine Reichsbauordnung hinzuwirken. Architektonische Vorschriften über den Fassadenbau existieren in der That noch in einzelnen Bauordnungen, wie in der haitischen von 1861 und in der Frankfurter von 1853, aus denen Referent einige Beispiele anführt.

Auch die vierte These wird mit Beibehaltung der mehrfach beschworenen Schlussätze angenommen: „Aufgabe der Baupolizei ist die Wahrung notwendiger Interessen der Hausbewohner, der Nachbarn und der Gesamtheit gegenüber dem Bauherrn.“ — Solche Interessen sind: Feuerfreiheit, Verkehrsfreiheit, Gesundheit (ausschließlich Zuverlässigkeit der Konstruktion gegen Einsturz). Dagegen sind alle stetischen Vorschriften verwerflich. Auf Antrag des Baumeisters Böckmann wird die fünfte These, welche sich auf die Bestimmungen von Gebäudeabständen und die Höhe von Gebäuden bezog, von der Versammlung abgelehnt. Die sechste These wurde mit einem Amendment von Böckmann angenommen und lautet: „Es ist für Städterweiterungen wünschenswert, daß die Expropriation und Propriation von Grundstückresten in angemessener Weise gesetzlich erlaubt werde. Noch wichtiger würde der Erlass eines Gesetzes sein, welches die Zusammensetzung von Grundstücken behufs Strafenherabsetzung und Regelung der Bauplatzformen erleichtert.“ — Schlüß der Sitzung um 1 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. September.

— Die „Post“ meldet aus Berlin, daß der Herr Handelsminister Dr. Achenbach Sonnabend früh (also heut) seine Reise nach den östlichen Provinzen antreten und sich zunächst nach Bromberg begeben werde.

— Die „D. Reichs-Korr.“ schreibt: Wie auf amtlichem Wege hierher (Berlin) gemeldet worden ist, hat bei der in Folge der Verhaftung des Weißbischöfes Janiszewski in der Behandlung desselben vorgenommenen Haussuchung sich zur Evidenz der Thatbestand des Vergehens der Annahme bischöflicher Befugnisse auf Grund päpstlicher Vollmacht ergeben. Die Gerichtsbehörden haben hiervon Akt genommen.

— Nach einer in der Ministerial-Instanz ergangenen wichtigen neueren Entscheidung fällt das öffentliche Mess-lesen katholischer Geistlichen unter die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Mai 1873. Gegen Geistliche, welche nicht unter Beobachtung der Vorschriften dieses und des dessen bestehenden Gesetzes vom 21. Mai d. J. angestellt sind, ist daher nur wegen solcher Messen nicht einzuschreiten, welche dieselben für sich allein, also ohne Beziehung Andächtiger, in Betreff derselben dadurch eine Seelsorge ausgeübt werden würde, lesen. Die Polizeibehörden werden veranlaßt werden, danach in vor kommenden Fällen zu verfahren.

r. Ein hiesiger polnischer Kaufmann, Inhaber eines renommierten Glaswarengeschäfts, ist vor einigen Tagen mit Hinterlassung von 8000 Thlr. Schulden verschwunden. Heute ist das Geschäftsschlüssel geschlossen.

r. Vor 35 Jahren. Beim Abbruch der Schmiede auf dem Grundstück Gr. Geibelstraße 53, wo gegenwärtig ein stattlicher 4-stöckiger Neubau errichtet wird, fand man vor einiger Zeit, in den Grundstein eingeschlossen, eine wohl verkörte und verpicke Kloste und in derselben eine Fundations-Urkunde vom 14. September 1839, sowie die Nr. 213 der Posener Zeitung oder — wie sie damals hieß — der Zeitung des Großherzogthums Posen vom 12. September 1839. In der Urkunde, welche von dem verstorbene Schmiedemeister Friedrich Heinze, dem einstigen Besitzer der Schmiede, dem verstorbenen Maurermeister Stern, der den Bau geleitet, und dem verstorbenen Schmiedemeister Obi unterzeichnet ist, macht der Erstere zunächst Angaben über seine persönlichen und Familien-Verhältnisse und sagt dann weiter: „Wir leben in einem sehr zufriedenen Zeitalter; das polnische Viertel Korn kostet 1 Thlr. 7½ Sgr. und die übrigen Preise richten sich alle nach dem Kornpreise. Der Maurergeselle bekommt pro Tag 20 Sgr. Lohn, der Arbeiter 10 Sgr.: 1000 Mauersteine kosten 10, auch 11 Thlr. und 9 Thlr. ohne Anfuhr. Ich habe sehr gute Nahrung, die vornehmsten Herren aus der Stadt, unter ihnen auch der Oberpräsident v. Hottewill, sind meine Kunden; ich danke Gott für den Segen und wünsche diesen auch meiner Nachkommen!“ Wir bemerkten hierbei, daß das Viertel Korn (Roggen) so gegenwärtig etwa auf 2 Thlr. 5 Sgr. bis 2 Thlr. 15 Sgr. stehen würde, daß ein Maurergeselle gegenwärtig an Lohn 1 Thlr. bis 1 Thlr. 5 Sgr., und der Arbeiter (Handlanger) 15 Sgr. täglich erhält und daß von derartigen Lohnen, aus denen die Schmiede errichtet war, das Taufend gegenwärtig 15 Thlr. kostet, im vorigen Jahre sogar mit 20 Thlr. bezahlt wurde.

Die „Zeitung des Großherzogthums Posen“ (die jetzige Posener Zeitung) erhielt damals einmal täglich, einen Bogen stark, in dem Formate, wie gegenwärtig das Amti-Blatt für den Regierungsbüro Posen. Als Redakteur ist G. Müller (unseres Wissens der verstorbene Professor Müller) angegeben. Von telegraphischen Depeschen ist natürlich noch keine Rede; die hauptsächlichsten Nachrichten sind oft mehrere Wochen alt. Die Berichte aus Paris vom 4. September, aus Madrid vom 27. August, aus Konstantinopel vom 16. August sind erst in der Zeitung vom 12. September enthalten. Die lokalen und provinzialen Nachrichten beschränken sich auf eine Mitteilung über einen Brief in Erin, bei dem es der Bischofssitz Kunstreitergesellschaft aus welcher, wenn wir nicht irre, den hervorgegangen ist) sehr überwangen zu sein scheint; sie wollte sich bei der Durchreise durch jenes Städtchen der Zahlung des Plasterzolls entziehen und wurde bei der Folge davon entstehenden Rauferei so überwältigt, daß einige Mitglieder der Gesellschaft Augen und andere Gliedmaßen eingebüßt haben sollen.“

Auffallend wenig wurde damals noch annonciert; außer 3 amtlichen Bekanntmachungen und einer Theater-Anzeige enthält die Nummer der Zeitung nur zwei geschäftliche Annoncen. In der einen preisen die Gebr. Friedländer (am Alten Markt unterm Rabbinerhaus) ihren „alten wundervollen Barinas in Rollen“ und ihre „feinen Cigarren“ an; in der andern findet Kubicki in seinem Garten (gegenwärtig dem Platz zwischen Wallstraße und der Verlängerung der Neuen Gartenstraße) Schlachtmusik nebst Feuerwerk an. Einzelne Person 7½ Sgr. nach unseren jetzigen Begriffen also ein ziemlich hohes Entrée; die Billets waren zu haben beim Kaufmann Binder am Alten Markt. Dieses Geschäftsschlüssel desselben befand sich, soweit uns erinnerlich, in denselben Räumen, welche gegenwärtig das Alte Geschäft einnimmt. Die Börsenpapiere standen damals außerordentlich hoch im Kurse: Staats-Schuldscheine 103% (gegenwärtig 92%), Posener 4 p.C. Pfandbriefe 105% (gegenwärtig 95%). Die Berliner Börsennachrichten vom 9. September sind erst in der Zeitung vom 12. September enthalten. Was würden wohl unsere jetzigen Börsenmänner dazu sagen, wenn sie die Berliner Börsennachrichten 4 Tage später erhalten würden!

— Zum russischen Grenzverkehr. Die Thorner „Dtsch.“ schreibt: Am Freitag Vormittag kam hier ein Fabrikant aus Moskau an, welcher mit dem Berlin-Warschauer Kourierzug nach seiner Heimat hatte zurückkehren wollen, dem aber in Alexandrowo die russischen Beamten seinen Pass abgenommen und den Eintritt nach Russland verweigert hatten, angeblich, weil auf dem sonst ganz regulär ausgestellten Pass auf der Herreise ein Bismarck nach Chodskuhnen sofern nicht ganz richtig ausgestellt war. Auf seine Kosten war von

Alexandrowo aus nach Moskau telegraphiert worden, um ihn zu rekonvoizieren; bis die Antwort wieder zurück sein wird, wird sich der Fabrikant, dem von der Behörde seines Heimatlandes so überbehandelt wird, wohl hier aufzuhalten müssen, da von der diesseitigen Behörde seinem Wunsche nach einer Legitimation natürlich nicht entsprochen werden konnte. Da der Reiseende ein direktes Bulet bis Warschau gelöst hätte, so wird er wahrscheinlich auch noch den Fabrikanten bis Warschau doppelt bezahlen müssen. Der Fremde, welcher nur russisch und französisch sprach, machte in seiner hilflosen Lage einen recht bemitleidenswerten Eindruck.

Δ Aus dem Kreise Pomst, 24. September. [Witterung. Weinlese. Grünmeiernte. Saatenstand.] Die überaus schöne und warme Witterung dieser und der vorangegangenen Woche ist namentlich den Besitzern von Weinbergen sehr erwünscht und hat die Reise der Trauben außerordentlich gefördert, so daß die Weinlese in Kurzem beginnen kann. Das Refuzat derselben dürfte in diesem Jahre ein so gutes werden, wie es schon viele Jahre nicht gewesen. — Auch die jetzt stattfindende Grünmeiernte auf den zweitürigen Wiesen wird von der schönen Witterung sehr begünstigt und liefert in Folge des älteren Regens im August und im Anfang dieses Monats ein hältigmäßig besseres Resultat, als der bekanntlich größtentheils sehr dürlig ausfallende erste Herbstzeit dieses Jahres. Trotzdem dürfte das Heu einen hohen Preis behalten, weil im Allgemeinen ein erhebliches Wanto bei den dreijährigen Heuernte allein konstatirt ist. — In Folge der günstigen Witterung — auf reichlichen Regen folgte schönes, warmes Wetter — sind die frühen Saaten gut angegangen und sieht man bereits vielfach grüne Saatfelder. Indessen wird die Saatbestellung auf gutem resp. schwerem Boden noch eifrig fortgesetzt, während die Besitzer von leichtem Sandboden noch mehr bezw. neuen Regen abwarten müssen.

XX Bromberg, 25. September. [Das Programm für die Säkularfeier des bromberger Kanals ist nunmehr seitens des Festkomites festgestellt worden. Danach findet am Sonntag den 27. d. 12½ Uhr Nachmittags die Versammlung des Festzuges auf dem Weltzienplatz statt, an welchem sich sämtliche Beamte der königlichen, wie städtischen Behörden, die Königlichen und Privatschulen, die Kaufmannschaft, sämtliche Gewerke und Innungen, 31 an der Zahl, die verschiedenen Vereine u. s. w. beteiligen werden. Der Zug bewegt sich durch eine Anzahl Straßen nach dem Friedrichsplatz, woselbst nach Absingung eines Chorals Hr. Oberbürgermeister Boie eine Ansprache halten wird. Darauf nimmt der Zug Aufstellung auf dem Festplatz an der 2. Schleuse, woselbst die eigentliche Festrede des Regierungspräsidenten Herrn v. Wegner erfolgt, die mit Gesang eingeleitet und geschlossen wird. Gegen Abend findet eine Beleuchtung des Kanals, der Kanal anlagen durch bengalische Flammen und ein Feuerwerk statt. Um 4½ Uhr vereinigen sich die königlichen und die städtischen Behörden, die Kaufmannschaft und die Industriellen, die Festgäste zu einem Diner im Saale der bromberger Ressource. Morgen wird die Ankunft des Ministers Hrn. Achenbach hier erwartet.

— Bilehne, 24. Septbr. Man war hier allseitig gespannt, wie in der katholischen Kirche der erste sonntägliche Gottesdienst ohne Geistlichkeit ablaufen würde. Der Sonntag kam, die Thiere der Kirche standen weit offen und zahlreiche Gläubige fanden sich ein, um still ihre Andacht zu verrichten. Da trat plötzlich ein ultramontaner Lehrer, wahrscheinlich von seiner allgemein als fanatisch bekannten Ehefrau hierzu veranlaßt, an, hielt eine Ansprache, verlas das Evangelium und soll auch, wie Ohrenzeugen versichern, sogar die Aufsatzrede veröffentlicht haben. Das wäre somit ein Anfang zu einer etwas sonderbaren Lösung der heiligen Frage, wie sich ein Erfolgsgottesdienst in den verwaisten Kirchen herstellen ließe. Ob diese Lösung gefällig ist, das ist eine andere Frage. Erwähnt sei übrigens noch, daß zugleich mit dem durchgegangenen Vikar auch eine hübsche Bambergka (bamberger Bauern) sind seit Jahrhunderten in Posen ansiedelt. — Red. d. Pos. Blg.) vom Probsteihof verschwunden ist.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Über die leipziger Messe wird der „Bank- und Handelszeitung“ unter 24. aus Leipzig berichtet: Unsere Herbstmesse, welche am Montag begonnen, hatte schon rechtzeitig die Käufer für gare Leder angeführt und schon am Sonnabend und Sonntag wurden große Räufe abgeschlossen. Das zugeführte Quantum garer Soblenleder war gegen die vorige Ostermesse viel stärker und es war Siegener Waare ganz bedeutend vertreten, da die Fabrikanten der frankfurter Messe fast gar nichts zugeführt hatten. Der Verkauf ging, sowie auch in Frankfurt, ungemein schnell von Statthen und am Dienstag Abend waren mit Ausnahme weniger unzeitiger Sorten, meist alle Läger geräumt. Wegen der enorm hohen Röhderpreise waren auch die Preise der garen Leder um einige Thaler per Ztr. erhöht, es zahlten aber die Käufer willig, da an einen Rückschlag nicht zu denken war. Unter den Einkäufern machten sich auch Franzosen bemerkbar, die für militärische Zwecke große Einfäufe zu machen beabsichtigten. Schön auf der Frankfurter Messe hatten dieselben bedeutende Räufe in aber nur vorzüglich guter Waare abgeschlossen, es ging indeß hier in Leipzig nicht viel in ihre Hände, weil sie sich erst am Montag im Markt zeigten und die ihnen konveniente Waare bereits schon am Sonnabend und Sonntag verkauft war. Um nun ihre Kollektion zu vervollständigen, wollen sie jetzt die ganze Rheingegend abrufen und werden wohl etwas teuer laufen müssen. Die Preise garer Soblenleder stellten sich wie folgt: Luxemburger und St. Böhmer holten 68—69 Thlr., Siegener a. 67—68 Thlr., II. a. 62—66 Thlr., Malmesbury 65—67 Thlr., Gösweger leichte und geringe 52—54 Thlr., bessere Sorte bis 60 Thlr., ditto starke Waare 58—62 Thlr., deutsches starkes Baum-Soblenleder 54—62 Thlr., schwächer und gerinare Waare 40, 48 und 50 Thlr., Bacheleder I a. 56—60 Thlr., II. a. 50—55 Thlr., Maischinenriemenleder ganz feine Waare 60—64 Thlr., andere Sorten 55—59 Thlr. pr. Ettr., Blankleder schwarz 17—20 Ngr., hell Blankleder 18—22 Ngr., gefärbte 25—30 Ngr., Fahlleder 16—22 Ngr., je nach Gewicht und Qualität, Kuhfahrtleder je nach Qualität 16—20 Ngr., Kalbsleder 30—40 Ngr., ditto Gerauer u. aus anderen renommierten Scherbereien 45—55 Ngr. pr. Pfld., Lobaarn-Rohfleder 70—100 Thlr. pr. Decker, Hemlock 44—52 Thlr. pr. Ettr., Lobaarn und allgemeine Schaffelle halten fast noch höhere Preise als Ostermesse und jedenfalls noch steigend. Von Wildhäuten war wenig am Platz und es räumten sich diese sehr schnell ebenfalls erhebliche Preise. Es holten Kippe I a. 48—58 Thlr., II. a. 44—48 Thlr., III. a. 38—42 Thlr. IV. 30—34 Thlr., Rio Janeiro Ochsen 22½—23 Thlr., do. Kühe 22½—24 Thlr., schwere trockene Buenos-Aires 41—44 Thlr., leichte do. Kühe 41—44 Thlr., trockene Rio Grande 37—40 Thlr., Angostura 35—37 Thlr., Puerto Cabello 35—37 Thlr., Ceara 33—35 Thlr., Montevideo gesalzene 26—27 Thlr., Uruguay 26½—27½ Thlr., Rio Grande Ochsen 25—26½ Thlr. pr. Ettr.

** Havre, 24. September. Die heutige Wollauktion war belebt bei festen Preisen. Von 3641 Ballen, die angeboten waren, wurden wohl unsere jetzigen Börsenmänner dazu sagen, wenn sie die Berliner Börsennachrichten 4 Tage später erhalten würden! — Zum russischen Grenzverkehr. Die Thorner „Dtsch.“ schreibt: Am Freitag Vormittag kam hier ein Fabrikant aus Moskau an, welcher mit dem Berlin-Warschauer Kourierzug nach seiner Heimat hatte zurückkehren wollen, dem aber in Alexandrowo die russischen Beamten seinen Pass abgenommen und den Eintritt nach Russland verweigert hatten, angeblich, weil auf dem sonst ganz regulär ausgestellten Pass auf der Herreise ein Bismarck nach Chodskuhnen sofern nicht ganz richtig ausgestellt war. Auf seine Kosten war von

* Das Feuer, welches, wie gemeldet, in dem Meiningen benachbarten Obermaisfeld ausbrach, hat 17 Häuser und 19 Scheunen zerstört.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau.

Angekommene Fremde vom 26. September.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Die Ritteraushilfesitzer Baron von Winterfeld a. Bodusjewo, Schubert a. Boguslawice, die Fabrikbes. Scholz, Hoffmann a. Berlin, Antschath Koppe aus Kientz, Major v. Arnim a. Polen, Landwirth Dorn a. Carlowitz, Direktor Kimler a. Neims, Tuchfabrikant Quolle a. Kotbus, die Kaufleute Runge a. Berlin, Meinhardt a. Dresden, Bücherman aus Danzig, Speyer, Lahusen a. Berlin.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Starke aus Leipzig, Jaffe a. Hamburg, Wulff a. Berlin, Pr. Et. v. Wachtmester a. Olaz, Ober-Stabsarzt Muße a. Potsdam, Landwirth Boehme aus Schrimm, Lieut. Koßborn a. Berlin.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Kanischa aus Berlin, Margoriski a. Bromberg, Witoski a. Strzelno, Buchhalter Binder a. Trzemesno, Landwirth Bartsch a. Thorn, Bratereidsch Schur a. Schwiebus.

HOTEL DE BERLIN. Frau Krause a. Modaslo, Bürger Garlicki a. Warschau, die Kaufleute Schweriner a. Aschersleben, Bödel a. Hamburg, die Trigonometr. Otto, Albrecht a. Berlin, Direkt. Lefèvre a. Tarnow.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Ritteraushilfesitzer Luther a. Lipkowmo, Luther a. Marienrode, Dr. Caro und Frau a. Pinne, Insp. Baumgardt und Frau a. Bromberg, Bürgermeister Haade und Frau a. Mur. Go. In. Oberinspakt. Brohne a. Laza-Goslin, Bef. Hübler a. Oberfusko, die Kaufleute Mayer a. Hamburg, Keil a. Berlin, Paki a. Danzig, Jakobi a. Thorn, Simon a. Breslau.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbes. Jaskolski a. Polen, Szekli a. Chocieza, Sokolowski und Frau aus Niemenczyce, Frau v. Gutowska aus Kudzin, Frau Michalska aus Siedlec.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 26. September. Der Sekretär des Herzogs von Parma erklärt in einem offenen Schreiben, die Meldung des „Iberia“ von einem Familienrat zwischen Don Carlos, dem Herzog von Parma und dem Grafen Caserta Bari sei falsch. Der „Moniteur“ widerlegt die Beschuldigungen einer auswärtigen Zeitung gegen die französischen Behörden der Pyrenäengrenze, zählt alle seit 22. Juni vorgeschrittenen Belagernahmen auf und konstatirt, daß die zu Lande eingeschleppte Kriegscontrebande wegen der Schwierigkeiten beim Einschmuggeln unbedeutend geblieben sei. Alles carlistische Kriegsmaterial komme per See. Augenblicklich seien 26 von England, Antwerpen, Amsterdam, Bremen und Hamburg nach der kantabrischen Küste abgegangene Schiffe signalisiert. Dort würden Waffen und Munition von Carlistensarken in Empfang genommen und gelandet.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 25. September, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pf. pr. September 23, pr. September-Oktober 21%, pr. April-Mai 58½ Mt. Weizen pr. September 61. Roggen pr. September-Oktober 52, pr. Oktober-November 50%, pr. April-Mai 147 Mt. Rübbel pr. September-Oktober 17%, pr. Oktober-Nov. 17%, pr. April-Mai 57½ Mt. Brot 7 b. — Wetter schön.

Bremen, 25. September. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 30 Pf. höher gehalten.

Auf Laer befinden sich 124.000 Barrels und betrug der Wochenverlauf 29.300 Barrels.

Hamburg, 25. September. Getreidemarkt. Weizen loco matt, auf Lermine null. Roggen loco fest, auf Termine fest. Getreide 126-pf. pr. September 1000 Kilo netto 194 B., 193 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 193 B., 191 G., pr. October-November 1000 Kilo netto 193 B., 191 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 194 B., 192 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 195 B., 193 G. Roggen pr. September 1000 Kilo netto 148 B., 146 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 148 B., 146 G., pr. October-November 1000 Kilo netto 149 B., 147 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 150 B., 148 G. Hafer fest. Gerste fest, loco 55, pr. October 54%, pr. Mai 200 Pf. 58. Spiritus fest, pr. September — pr. September-Oktober 52, pr. October-November 52, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pf. 51. Kaffee etw. ruh., um 1500 Sac. Petroleum fest, Standard white loco 10, 25 B., 15 G., pr. September 10, 15 G., pr. October-November 10, 30 G. — Wetter: Schön, Nacht starkes Gewitter.

Köln, 25. September, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter: Heiß. Weizen höher, hies. loco 6, 22½, pr. November 6, 17, pr. März 19 Mt. 50 Pf., pr. Mai 19 Mt. 50 Pf. Roggen besser, hies. loco 6, 10, pr. November 5, 3, pr. März 14 Mt. 25 Pf., pr. Mai 14 Mt. 85 Pf. Rübbel fest, loco 10, pr. October 9%, pr. Mai 31 Mt. 90 Pf. Leinöl loco 10 Pf. — Wetter: Schön, Nacht starkes Gewitter.

<

